

Volkskampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis drei Monate monatlich 30,- M., ein Jahr 100,- M., durch die Post monatlich 30,- M., ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Urbenstraße 14, Halle 1922

Der Einzelpreis beträgt 200 Pf. für den Müllermeister Söhne und Spalte, 700 Pf. für die Zeitung, einschließlich des bezugsfreien Zeitungsabdruckes. Einzelheft 10 Pf. für den Postboten, größerer Satz nach Vereinbarung. Druck: Urbenstraße 14, Halle 1922

Einzelpreis 2 Mark

Sonnabend, den 29. Juli 1922

2. Jahrgang, Nr. 175

Fritz Eberts untertänigste Bitte

Die tieferen Gründe der bayrischen Fronde

Der Brief des Reichspräsidenten Ebert an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Beckenhof liegt nun vor. Er hat den erwarteten Inhalt und lautet:

Berlin, 27. Juli 1922.

Hochverehrter Herr Ministerpräsident!

Die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik erfüllt mich mit erster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die von der bayerischen Regierung zu diesem Gesetz erlassene Verordnung steht nach meiner und der Reichsregierung Auffassung und Ueberzeugung im Widerspruch mit der Reichsverfassung. Sie stellt eine förmliche Einräumung der bayerischen Reichshoheit dar, die bei ähnlichen Schritten auch anderer Länder den Bestand des Reiches gefährden müßte. Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayerischen Verordnung hinzuwirken.

Ich möchte mich zu diesem mir durch die Verfassung gemietenen Schritte erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichsam am Herzen liegt, nochmals in Erwägungen einzutreten, ob es nicht möglich erscheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.

Ich benutze die Gelegenheit, um gegenüber den in Bayern aufgetauchten Verleumdungen mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, in dem Gesetze werde die inhumanste Verletzung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schwersten Not der Gegenwart geborenen und nur für einen gemessenen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten und bedürfen höchsten Falls eines Beschlusses; sie können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der — in der Reichsverfassung fest begründet — gerade die Stärke des Reiches darstellt und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitisch gleichsam gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich Sie um die Bitte erlauben, mir in tunlichster Weise Ihre Antwort zugehen zu lassen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung

Ihr ergebener gez. Ebert.

Orgeßbarnern denkt nicht daran...

(Eigene Drahtmeldung)

München, 29. Juli.

Der Ministerpräsident denkt gar nicht daran, die so eilig geforderte Bitte Eberts zu erfüllen. Er ist Anfang 8 Uhr heute in die Stadt gekommen, hat die „Münchener Staatszeitung“ zu den Ereignissen Stellung genommen. Die „Münchener Zeitung“ schreibt, aus dem letzten Stand der Dinge habe dieser Brief nicht das geringste geändert. Es ist deshalb auch keine Veranlassung da, den bayerischen Standpunkt anzuhängen.

Zum Verständnis der gesamten Situation ist es notwendig, die innere und äußere Lage Deutschlands zu berücksichtigen. Alle Bestrebungen, Deutschland irgendwie zu sanieren, ohne die Reparationsleistungen außer Wirksamkeit zu setzen, haben sich als vergeblich erwiesen. Amerika lehnt aus naheliegenden Gründen die verlangte Hilfestellung ab. Zwischen Frankreich und England erweitern sich die Gegensätze. Ueber Rußland ist eine Verständigung nicht zu erzielen. Nicht einmal im kapitalistischen Sinne, denn beide kapitalistische Gruppe möchte die Kolnen aus dem Rücken ziehen. Auch in dieser Frage entscheiden nicht Recht, Moral und Humanität; auch hier entscheiden ausschlaggebende Machtverhältnisse. Weste Kräfte und Mächte treten nun in Europa ziemlich deutlich in Erscheinung.

Frankreich ist militärisch bis an die Zähne bewaffnet; militärisch und wirtschaftlich befinden sich Polen und die Tschechoslowakei unter französischem Diktat. In Ungarn hat die Reaktion die Macht vollständig in der Hand. In Italien üben die Faschisten eine brutale Herrschaft gegen das Proletariat aus. Deutschland verliert über ungeheure wirtschaftliche Kräfte, über einen leistungsfähigen Produktionsapparat und über eine ebenso leistungsfähige Arbeiterkraft.

Diese Kräfte vereinigt wären wohl geeignet, die Verhältnisse nicht nur in Deutschland, sondern in Europa auszugleichen und zu schaffen. Aber es wäre noch eine Voraussetzung zu schaffen. Die vereinigten Kapitalisten dieser Länder brauchen ein großes Ausbeutungsgebiet. Es liegt vor den Toren Mitteleuropas: Rußland! Natürlich nicht das Rußland von heute. Die Kapitalisten brauchen ein monarchistisches Rußland. Die Voraussetzung der kapitalistischen Pläne ist die

militärische Eroberung Rußlands durch ihre Eßdnerscharen, ist die Umwandlung der Arbeiter-Republik in eine große Kolonie mit unbefränktem Ausbeutungsrecht der vereinigten Kapitalisten. Werden die Voraussetzungen geschaffen, dann ist eine kapitalistische Restauration der genannten Länder und in ihrer Notwendigkeit der kleinen Staaten ohne England und Amerika möglich.

Aber ehe man zur Verwirklichung derartiger Pläne schreiten könnte, müssen erst noch einige andere Vorbedingungen erfüllt werden: die vollständige Annektion des deutschen Proletariats und die Schaffung eines Aufmarschgebietes gegen Sowjet-Rußland. Dergleichen kann nur einen entscheidenden Schritt nach dieser Richtung geben. Die Revolte gegen das Reich ist der Anfang einer offenen Fehdehandlung gegen das Proletariat. Man will sich nicht damit begnügen, die „Schußgesetze“ gegen die Arbeiter anzunehmen, wenn sie gegen verstärkten Widerstand, neue Steuerlasten und Arbeitsverlängerungen ausgehen. Man will das Proletariat auch mit bewaffneten Waffen niederlegen, sobald es versucht, seine Interessen gegen das Ausbeutertum zu verteidigen.

Die deutsch durchführenden Separationsbestrebungen auf monarchistischem Hintergrunde sind die Anfänge der Zerschlagung des Reiches. Dem Beispiele Bayerns würde wahrscheinlich das Rheinland und das übrige Industriegebiet folgen.

Es handelt sich also bei dem bayerischen Orgeßbarnern für die Arbeiterklasse auch nicht um die Fragen der Republik, nicht um eine juristische, nicht um eine staatsrechtliche Frage, sondern um eine Frage der Macht und eine Frage der proletarischen Existenz. Diese Tatsache muß auch die Haltung der gesamten Arbeiterklasse bestimmen. Sie muß unbedingt festhalten, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei in ihrem Aufruf vom 27. Juli der Arbeiterklasse empfiehlt. Sie muß vor allem ihre Spitzenorganisationen zwingen, zu den unauflösbaren Kämpfen die Vorbereitungen zu treffen. Die Spitzenorganisationen müssen sich den Forderungen anschließen; sie müssen alle Arbeiter aufordern, Kontrollausschüsse und Arbeiterverbände zu bilden. Alle weiteren Forderungen müssen mit einem kurzbesetzten Ultimatum erhoben werden.

Das Ultimatum heißt:

Generalstreik!

Der Generalstreik muß durchgeführt werden, bis sämtliche Forderungen des Proletariats restlos erfüllt sind. Zu dieser Forderung gehört auch die Bildung einer Arbeiterregierung. Ohne Arbeiterregierung kommt der Krieg gegen Rußland, kommt neues Massenmorden und Verwüsten. Ohne Arbeiterregierung verliert das deutsche Proletariat unweigerlich in eine nie gekannte Verflauung und Verelendung hinein.

Die Marktentwertung

Der Dollar 550

In den letzten Tagen hat ein neuer Marktkurz eingeleitet. Der Dollar, der schon unter 50 notierte, ist am gestrigen Tage wieder auf 55 gestiegen. Die Ausfischen für den Marktkurz haben sich neuerlich verschärft, die Börse reagiert darauf mit neuen Preisrückgängen und die Markt sinkt von neuem.

Seit einiger Zeit ist in Deutschland eine große Kreditnot vorhanden; die Industrieunternehmen sind nicht in der Lage, den nötigen Kredit bei den Banken zu erhalten. Die unaufhörliche Preissteigerung für Rohstoffe und Materialien erfordert immer größere Summen zum Einkauf, die nicht möglich sind. Die Reichsbank hat gegen den Einspruch für Reichsnoten von 5 auf 6 Prozent den Lombardfuß von 6 auf 7 heraufgesetzt. Diskontierung ist der Anfang von Forderungen, insbesondere von Wechseln, die erst in späterer Zeit fällig werden unter Abzug des Diskonts, d. i. der Zinsen für die Zeit bis zur Fälligkeit.

Seit Kriegsanfang war an dem Zustand der Reichsbank nichts geändert worden. Dies geschah vor allem deswegen, weil das Reich die kurzfristigen Reichsgeldanweisungen in immer größeren Mengen ausgeben ließ. Die Erhöhung des Zinsfußes, ohne die Reichsbank zu verlassen, ist der erste Schritt der auf Verzicht der Reparationskommission autonom gewordenen Reichsbank, die nun nach prinzipialistischen Grundrissen arbeiten wird. Reichsgeldanweisungen waren im Dezember 1921 235 Milliarden, am 22. Juli 289 5 Milliarden ausgegeben. Der Bestand der Reichsbank an Barrenwechseln und Schecks betrug im Dezember 1921 222 Millionen, am 22. Juli 6 1/2 Milliarden. Man hofft auf die Beibehaltung der Reichsbank bei Belohnung oder Diskontierung von Wechseln. Sie werden nach der Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank ebenfalls ihre Sätze neu erhöhen. Eine Wirkung hat die Erhöhung des Zinsfußes am gestrigen Tage noch nicht ausgeübt.

Die Kräfte der Revolution wachsen

Von Karl Radel.

In den ersten Tagen nach der Ermordung Rathenaus, nach der Erhebung der Reichsmassen des Proletariats, errichtete die deutsche Bourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“ gab ihrem Artikel den Titel „Vor einer zweiten Revolution“. Und sie hat recht gehabt, denn obwohl der Donner der zweiten Revolution schon verhallte, dauerte das Gemitter der zweiten Revolution noch fort. Die Krise der letzten Wochen bedeutete die Einigungsprojekte der Sozialdemokratie beider Weltungen. Zwei Monate vor dieser Krise verjagte die unabhängigen Arbeiter den gelehrten Hirsberg aus der „Freiheit“-Redaktion, weil er die Idee der Vereinigung mit den Scheidemännern und der Koalitionspolitik verteidigte. Die eigenen Unabhängigen Sozialdemokraten sprachen sich einmütig gegen die Politik Hirsbergs aus. Vor das Dilemma gestellt: für die zweite Revolution oder für die Vereinigung mit den Scheidemännern und für den Völk mit der Bourgeoisie, haben die Herren unabhängigen Parteiführer den Schritt gemacht, vor welchem sie sich nicht ohne Grund gescheut haben. Die Vereinigung mit der Sozialdemokratie wird den Austritt der besten Arbeiterelemente aus der Unabhängigen Partei nach sich ziehen.

Aber die Entscheidung fiel, und sie wird nicht widerrufen werden. Nicht nur deshalb, weil die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie die herannahenden revolutionären Gefahren fürchteten, sondern aus ganz profanen Gründen, auf welche Paul Leistikopf, Mitglied der Scheidemännern-Partei und gleichzeitig Chefredakteur des Zentralorgans, des deutschen Kapitalistenorgans, Herrn Stinnes, hinwies, ein alter deutscher Bursch, der jetzt Stinnes mit demselben Eifer und Temperament verteidigt, mit welchem er früher das radikalste Organ der deutschen Sozialdemokratie, die „Leipziger Volkszeitung“, beherrschte. Dieses Wunder der Natur schreibt im Stinnes-Diogen, daß die Unabhängigen die Vereinigung mit den Scheidemännern nicht vermeiden können, da sie sonst einen finanziellen Bankrott erleiden würden: sie haben nämlich keine Mittel zur Erhaltung ihres bürokratischen Apparats und ihrer Zeitung. Die Scheidemänner verfügen über sehr große Mittel, da ihre Drucker von der Regierung Reichsgeldleistungen erhält, sie haben tausende gut bezahlte öffentliche Beamte. Wie sollte man sich hier nicht betrogen? Herr Stinnes, der geweseene Chefredakteur des zweiten radikalsten Organs der deutschen Sozialdemokratie, der „Bremer Zeitung“, bezog die Henke, der am 3. August 1914 Karl Liebknecht und mir erklärte, daß er nicht gegen die Kriegskredite stimmen kann, da er verheiratet ist und sechs Kinder hat! Derselbe Herr Stinnes war so unvorsichtig, umlangt im Parlament den Kommunisten vorzumerken, daß sie von der Komintern materielle Unterstützung erhalten. Sie gehen zum Trug der Scheidemännern-Partei und werden ganz ruhig das Heu der deutschen Bourgeoisie fäuen.

Die Arbeiter aber werden sich von ihnen abwenden. Nach den Zeitungsberichten sprachen sich die größten unabhängigen Organisationen: die von Düsseldorf, Frankfurt und Dresden, gegen die Einigung und die Koalitionspolitik aus. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Einigung nicht nur der Ausgangspunkt einer Spaltung der Unabhängigen sein wird, sondern daß infolge dieser Einigung auch bedeutende Arbeitermassen aus der SPD. austreten werden.

Die Kommunistische Partei durchlebte eine unerbötlich schwere Verlesung. Angesichts des sozialdemokratischen Verrates haben viele Kommunisten die Verlesung des Selbständigen Handlungsfelds. Die Partei blieb in Reich und Glied der Einheitsfront, solange sie die Sozialdemokraten nicht verriet, aber auch dann warfen sie sich nicht selbständig in den Kampf, trotzdem — obwohl ihre Kräfte jetzt bedeutend größere sind als im März, d. J. — hat sie noch immer nicht die Mehrheit, nicht einmal der sozial entscheidenden Elemente der Arbeiterklasse hinter sich. Wenn die SPD. jetzt den offenkundigen Charakter ihrer Attitüde bekennt, wenn sie die Formen der organisatorischen Erhöhung ihres Einflusses finden kann, so ist der Tag nahe, wo sie in der Lage sein wird, erfolgreich selbständig zu kämpfen, nicht nur ohne Gefahr des Zusammenbruchs, sondern mit Hoffnung auf den Sieg.

Die Krise gab einen großen Schwung dem Umgruppierungsprojekte der Arbeitermassen. Diese Massen bewegen sich nach links und werden im Maße der Zunahme des bürgerlichen Angriffes zu den Kommunisten kommen. Die Wirtschaftslage in Deutschland wird von Tag zu Tag schlimmer, die politische Lage ist voll wachsender Übergriffe, der Einfluß der Kommunistischen Partei breitet sich aus. Zur Zeit der ersten Revolution hatte sie nicht einmal 30 000 Mitglieder. Den herannahenden großen sozialen Konflikten Deutschlands wird sie als eine halbe Million Mitglieder zählende Arbeiterpartei entgegengehen, die durch Wasser, Feuer und Eis erprobt ist, und wir können der triumphierenden deutschen Gegenrevolution und den Herren Sozialdemokraten, die sich zur Feuer ihrer Einigung vorbereiten, nur sagen: „Feiert nun, ihr Herren, wer zuletzt lacht, lacht am besten!“

Wederverhaftung Dr. Steins

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 29. Juli.

Ein bezeichnender Fall, der die Zustände der deutschen Gerichtsverfassung, erregt hat in Berlin. Ein nicht politischer (!) Untersuchungsrichter, der die Verhaftung (!) des Nationalen Arbeiters leitete, verurteilte die Freilassung des beschuldigten Dr. Stein, des Führers der Burg Gasse. Dieser wurde nach sofortiger Freilassung freigesetzt. Kaum hatte die Verhaftungsmacht davon gehört, als er auch sofort die Wiederverhaftung anordnete.

Deutschnationalen Waffenlager

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 29. Juli.

In Ditzelsdorf wurden bei einem deutschnationalen Direktor Waffen beschlagnahmt: 3 Maschinengewehre, 2 Maschinenpistolen, Handgranaten, Stahlhelme, Seitengewehre und zahlreiche Munition. Es handelt sich um Bestände der früheren Einwohnerwehr.

Wenn ein Prinz kommt

Wir lesen im Dortmund "Generalanzeiger": Auf dem Truppenübungsplatz Odras im Juni d. J. eine größere Übung der Reichswehr statt. Beim Abmarsch zog das Regiment Nr. 1 durch den Friedhofsdorf, voran der "Herr Oberst", nämlich erlitten das Kommando "Herr Oberst". Selbst ein Teil der Reichswehrsoldaten wunderte sich über den Aufenthalt. Was war der Grund? Beim Durchmarsch hatte der Herr Oberst plötzlich einen Zwischenfall mit einem Dama gesehen. Nach mehrmaligen Salutieren bog sich der Herr Oberst zum Handabkürzer. Die Kapelle des Regiments mußte "waterläufige Weisen" spielen, d. h. Deutschland über alles! Und über was nur der Zwischenfall? Esprins Friedrich Wilhelm von Preußen, der in Labarz bei Friedhofsdorf wohnt. Am Abend fand in Labarz Biwak mit Zapfenstreich statt, die Mannschaften nahmen Aufstellung zum Zapfenstreich, alles leicht angetrunken. Kommando: "Augen links!" und der Herr Oberst kommt mit dem Esprins an. Und das nennt sich republikanische Reichswehr!

Wie der "Bund der Aufrechten" seinen Mitgliedern die Aufstellung mittel. Folgende Botschaft wurde den Mitgliedern des "Bundes der Aufrechten" hietragend zugestellt:

Berlin, Juli 1922.

Allerherzlichsten Dank für Ihre freundlichen Worte. Gemäß Ministerialverordnung ist der Bund aufgelöst. Wir danken Ihnen für alle Ihre Bemühungen, die Sie auf uns zu haben, wir sind Ihnen sehr dankbar für Ihren Anteil, Ihre Gefühle, Ihre Bemühungen, Ihre Hilfe. Gott helfe weiter! Durch Kraft zum Licht! Mit herzlichem Gruß Ihr getreuer Werner-Balthar Wunderlich.

Ans wird dabei auch etwas "lenderlich". Ja, es lebt noch, die deutsche Arbeit!

Ludendorff im bayrischen Dregelsparadies. Wie der "A. N." aus München berichtet, hat die bayrische Regierung dem kommunistischen Parteivorsitzenden in Bayern, Dr. Ludendorff, ein Kommando aus Bayern verlangt habe, weil dieser den Rathenau-Mord auf hochwissenschaftliche Initiative zurückführte und sich als Söldnerführer bei einer gemeinsamen Expedition gegen Sowjetrußland angeboten hatte, erklärt, daß alle diese Behauptungen falsch und ungerechtfertigt seien. Von einem Minister des Generals in Bayern könne keine Rede sein. General Ludendorff sei Deutscher und habe wie jeder Staatsbürger in Bayern das Recht der vollkommene Gleichberechtigung und Ehre seinen Vorgesetzten zu leisten, wo er wolle. Ludendorffs Neg geht noch immer an! In dem Streit über den Reichstag, dem 29. Juli, die Filmvorführungen angeschlossen, davon Kenntnis zu nehmen, daß das Republikanische auch auf die Filmprüfung Anwendung zu finden habe. Thüringen wird voraussichtlich in den nächsten Tagen den Antrag stellen, die Durchführung des Filmes im Wiederholungsverfahren zu verbieten.

Die Einigung zwischen SPD. und USPD. beschlossene Sache

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 29. Juli.

Vertreter der Reichsverbände der SPD. und USPD. trafen am Freitag, dem 28. Juli, in einer Sitzung zusammen, in der eine allgemeine Aussprache über die Frage der Einigung beider Parteien stattfand. Es wurde beschlossen, alles zu vermeiden, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verbandigte sich über die Notwendigkeit, vor der beiderseitigen Parteitagungen Beratungen über die programmatischen und organisatorischen Fragen stattfinden zu lassen, um die Verhältnisse in die Lage zu setzen, zur Einigungsfrage positive Stellung zu nehmen. Damit ist die Einigung der SPD. und USPD. so gut wie beschlossene Sache.

Wie eine Erklärung, der man auf den Schwanz getreten, hundertmal den "Borowitz" auf und seit kein Gift gegen uns aus, weil wir gewagt haben, noch einmal die Schuld der Regierung an den blutigen Ereignissen der letzten Wochen festzuhalten.

Erstreckt nicht, lieber Leser! — Das schrieb die "Freiheit" 1919, nicht 1922! Damals hatte die Ober-Rose-Clique, wie sie heißt, gefordert, die blutigen Kämpfe des Jahres zu ignorieren und die Kontroverzen über ihre Rettung zu lassen. Damals schrieb die "Freiheit", daß die Regierung, das letzte Band zwischen sich und der Revolution zerriß, damals nannte sie die Gelangene der Kontroverzen. Heute knüpft die USPD. das zerrißene Band zwischen sich und der SPD. Was ist sie jetzt? Sie sagt: die reaktionäre Partei des Klassenkampfes. (Siehe Lebensfrist!)

Die Republik muß geküßert werden

Die Hilfe des Bürgertums, die Hilfe der Generalität ist nicht umsonst zu haben; sie wird nicht der Regierung, aber der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, der Revolution noch teuer zu stehen kommen. Heute noch im Geleise der "sozialistischen" Regierung, wird managen die "sozialistischen" Offizierskorps, das Bürgertum ihre Herren sein! Liebe "Freiheit", was nimmt du im Januar 1919 das Maul auf, wo, wo du schon im Juli 1922 in dieselbe Regierung hineinkniffst, oder — versetze! — nicht dieselbe, sondern in die Stimmeregierung!

Und Koalitionspolitik bleibt doch schädlich

Wie unabhängigen Sozialdemokraten ersehen mit allem Nachdruck Einspruch gegen die Politik der reaktionären Führer, und wir warnen alle Arbeiter, ihnen auch noch auf diese Bahn, die zum Abgrund führt, zu folgen.

Wozu warnt die "Freiheit" am 28. Januar 1919? — Vor der Koalitionspolitik!

Wagt so sozialistischem Mut ist ihre Kennzeichen. Weder die Politik einer solchen Koalitionsregierung kommt nicht in Frage. Schon die reaktionären Führer haben ihre Politik verändert, die man als sozialistisch bezeichnen kann. Eigen ist erst mit den Demokraten zusammen in der Regierung, dann würde die bürgerliche Demokratie über den Inhalt der Politik entscheiden. ...

Gegen Dregelch = Bayern!

In das deutsche Proletariat!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Dregelch-Bayern triumphiert! Es hat die Durchführung des vom Reichstag beschlossenen Schulgesetzes abgelehnt und die Reichsregierung offene Feinde angeht. Die Regierung der Republik ist hilflos. Sie hat gehofft, durch äußerste Nachgiebigkeit den Konflikt mit Bayern zu vermeiden. Die sozialdemokratischen Spigenführer haben aus dem gleichen Grunde auf die Durchführung des Berliner Abkommens verzichtet. Sie haben die proletarische Einheitsfront verlassen, um die Koalition von Stresemann bis Cospicium zu erwidern. Das erste Ministert der neuen Koalition liegt jetzt nahe. Das Zurückweichen der Regierung und der Spigenführer haben bei der Reaktion den Nutzen gestiftet. Sie spielen auf die Republik und ihre Gefelle!

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in jenen Kräftejahren ihre Stimme erhoben und erklärt, der Präfiz für den Spüß der Republik ist

die Ausräumung der monarchistischen Schlupfwinkel in Bayern

Jede ernste Auseinandersetzung mit der Kontroverzenpolitik ist eine Auseinandersetzung mit dem bayrischen Separatismus und Feudalismus. Die bayrische Frage ist die Frage der vollständigen Wiederherstellung der reaktionären Herrschaftsverhältnisse in Europa. Die Ausräumung der bayrischen Monarchie soll als ein Sieg des monarchistischen Geistes in Mitteleuropa von der Reaktion benutzt werden für die wirtschaftlichen und politischen Ziele der verbündeten französischen, deutschen und englischen Stimmes. Das französische Kapital will Deutschland zerschlagen in wechelse Einzelstaaten, um mit dem außenpolitisch machtlosen deutschen Kapital die alten Interventionen zu planen gegen Sowjetrußland aufzunehmen zu können. Die weltweiten Kapitalgruppen können nur ein zerrissenes, politisch wehrloses Deutschland als Ausgangspunkt gegen Sowjetrußland benutzen. Innerpolitisch will die Reaktion mit einem monarchistischen Bayern auf das Reich und insbesondere auf die von der Arbeiterklasse eroberten Positionen in Mitteldeutschland drücken.

Jeder Sieg Dregelch-Bayerns ist eine Niederlage der Arbeiterklasse!

Die sozialdemokratischen Spigenführer haben die Einheitsfront schmählich gebrochen und den hoffnungslosen Kampf der deutschen Arbeiter mit einem parlamentarischen Kuhhandel abgemürt. Noch inmitten des Kampfes, als schon deutlich sichtbar war, daß die Reaktion in Bayern nicht daran denkt, auch nur einen Zentimeter ihrer Position preiszugeben, erklärten die sozialdemokratischen Spigenführer in einem Aufruf an die Arbeiterklasse, daß die Republik jetzt wirksam gestiftet, ihre Gegner halbmäßig werden können, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Zähigkeit beweise. Die Reichsregierung hat keine dieser Eigenschaften bewiesen. Sie hat nicht nur nichts getan, um in den außerparlamentarischen Gebieten den Kampf gegen die Reaktion in der Reichswehr, Verwaltung und Justiz ernsthaft zu führen, sondern sie ist jetzt dem Auftrampfen der bayrischen Fronte feige zurückgewichen. Die bayrische Regierung Versehen wird, genau wie die Regierung Ruhr, gepfeift von den Geheimorganisations. Der Eisenaufruf Ludendorff ist eine größere Schandtat als Versehen. Viele Macht hängt sich an Bonaventura und Maschinengewehre, auf Forscher und Helfer in Verwaltung und Regierung, auf Mitarbeiter und Mitkämpfer im ganzen Reich.

Die Regierung der Republik weicht vor Ludendorff zurück!

Ludendorff ist Gleich von ihrem Fleische, die monarchistischen Lobeshymnen der Republik haben der bürgerlichen Klasse Deutschlands näher als jeder proletarischen Verteidiger. Deshalb muß jeder ernste Kampf gegen die monarchistische Reak-

Wir meinen, eine solche Politik widerspricht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Die Leute mit Angst und dem sozialistischen Mut und mit dem Mut zur bürgerlichen Angst (vor dem Sozialismus) sitzen heute in einer Koalition nicht nur mit den Demokraten, sondern auch mit den Zentrumspartnern und den Stimmes-Schlupfwinkeln. Ihnen stellen sich die mutigen Angeltmer und die unabhängigen Arbeiter aus der USPD. Aber die Koalitionen Politik ist trotzdem schädlich und widerspricht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands.

Ein USPD-Regierungskommissar auf der Kommunistenhege. Auf Veranlassung des USPD-Regierungskommissars Schäfer in Battershausen wurde bei einem SPD-Genossen Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen, die natürlich ergebnislos blieb. Der gleiche "Arbeitervertreter" ließ in Mauthausen und Gränitz bei Versammlungen der SPD. unter Aufsicht der Polizei stellen. So steht das "Sowjet-Thüringen", von dem die bayrische Presse jabelt, aus! Wahrscheinlich, die USPD. gibt sich alle Mühe, den Dank des Stimmesvaterlandes zu verdienen!

Wieder ein Grubenunglück!

Fünf Tote und zehn Vermundete

Auf der Zeche "Neu-Jericho" bei Rügen-Darmund ereignete sich gestern mittag bei der Ausfahrt der Morgenfahrt ein Grubenunglück. Das Seil des Förderortes scheint gerissen zu sein. Man zählte 5 Tote und 10 Verletzte. Die Zecheverwaltung verzögert jede Auskunft. Auch das Oberbergamt in Dortmund konnte bis zur Stunde Aufschluß über das Unglück nicht mitteilen. Die Untersuchung leitens der obersten Bergbehörde ist im Gange.

Die Beschäftigten der Kohlengruben verlangen seit jeder, daß die Betriebsräten das Kontrollrecht über die technischen Einrichtungen der Bergwerke gegeben werde. Statt dessen überläßt man alles den Bergarbeitern, die natürlich die Unternehmer in allen Stücken nur unterstützen. Es wird aus den Bergbau das äußerste herausgepresst und dabei vernachlässigt, die Einrichtungen der Gruben in Ordnung zu halten. Die neuen Opfer müssen endlich die Bergarbeiter bezahlen, von ihren Organisationen zu verlangen, daß das ungenügsamer Kontrolle und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorgane erkämpft wird.

Noch einmal Oppau

Explosionen in Oppau. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: In dem Maschinengebäude des Werkes Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurden durch eine infolge eines Wälzrollenbruchs erfolgte Explosion der Boden eingedrückt. Sieben Mann wurden verletzt, darunter einer schwer.

tion gestiftet werden als Klassenkampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. Die Spigenführer haben in ihrem letzten Aufruf vom 18. Juli der Arbeiterklasse versprochen: "Weder der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort! Für ihn zu kämpfen, ist jetzt die wichtigste Aufgabe, ernste Pflicht!"

Es ist höchste Zeit, das Verprechen einzulösen. Die bayrische Regierung treibt Hochverrat, sie läßt sich nicht von den Beschäftigten des Reichstages, sie bereitet systematisch den Niedergang Bayerns vom Reich vor. Wird das bayrische Proletariat gelassen, dann drohen ihm ernste Gefahren. Die bayrische Arbeiterklasse hat am längsten unter dem Feindensystem der bayrischen Herrschaft zu leiden. In der Skizze 91 e b e r e p u b l i k. Die Sonderordnung der bayrischen Regierung wird von den monarchistischen Verwaltungsbürokraten systematisch gegen die Arbeiterklasse angewendet werden.

Das deutsche Proletariat muß seine bayrischen Klassenossen mit allen Mitteln unterstützen! Die Spigenführer müssen beim Wort genommen werden!

Die Reichsregierung will nicht einmal von ihrem versagungsmäßigen Rechte, die bayrische Sonderordnung zu heben zu lassen, Gebrauch machen. Die Regierung der Republik will den Bankrott der Demokratie befestigen durch die Unterwerfung unter die Diktatur der Dregelch. Das bayrische Sozialdemokraten und Unabhängige, die für diese Regierung verantwortlich sind.

Arbeiter der sozialdemokratischen Parteien!

Macht Ihr mit verkräfteten Armen zuehen, wie die Klassenossen in Süddeutschland mehr und mehr unter die tyrantische Herrschaft der Dregelch kommen? Ihr habt die Berratt des Berliner Abkommens mit zunehmender Zähigkeit hingeworfen. Könnt Ihr mit ruhigem Gemute zuehen, wie eure Steuern, die Ihr an die Republik zahlen müßt, benützt werden, um Euch zu unterdrücken und der Dregelch dienen? Nimmermehr! Zwingt Eure Spigenführer, das gebene Wort einzulösen. Wir Kommunisten sind jederzeit bereit, gemeinsam mit Euch den Kampf aufzunehmen.

Die Unabhängigen haben erklärt, daß ohne ihre Unterstützung das Kabinett Wirth nicht einen Tag bestehen kann. Sie haben es also in der Hand, die Regierung zu zerschlagen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen! Stellt nun auch Euren Namen bei der Frage, ob sie gewillt sind, diese Forderungen zu durchsetzen, die die Reichsregierung geltend zu machen.

Kragt eure Führer, ob sie auch dann die Regierung mit unterstützen wollen, wenn sie auf Dregelch-Bayern ein hartes Kompromiß abschließen will.

Der Reichstag muß unverzüglich zusammentreten, um bekannt zu geben, ob es ihm ernst war mit dem Schutze der Republik. Der Feind hat keine Reichen inzwischen gestiftet. Nur Kampf mit härtesten außerparlamentarischen Mitteln von einer neuen Verschleppung der Krise und damit eine neue bedeutende Stärkung der Reaktion zu verhindern.

Stützt und bildet Kontrollausschüsse!

Sichert Euch gegen die Angriffe der Dregelch. Zwungsläufig Arbeiterwehren!

Fordert die Freilassung der politischen Gefangenen über dort, wo sich die Tore der Gefängnisse für sie noch geöffnet haben, vor allem in Bayern!

Unterstützt den Kampf des bayrischen Proletariats! Fordert den Austritt der hochverräterischen Regierung Versehen, ihre Stellung vor den Staatsgerichtshof, richtet zum Generalstreik!

Berlin, den 27. Juli 1922.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 24. Juli 1922 explodierten in Oppau, in den Badischen Anilin- und Sodafabrik vier Komplexen und ein Maschinenraum 11 Arbeiter, die seit dem vorigen Jahre durch die traurigen Betriebsverhältnisse beunruhigt sind, forderten: Abschaffung des Alters- und Prämieninstitutes, Einführung einer allgemeinen beruflichen Sicherung der Hinterbliebenen, Freilassung des Arbeiters zur Überwachung des Betriebes. Die Arbeiter des Werkes versetzten sich an alle Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung, sich für die Freilassung der Arbeiterinnen im Vorzuge einer Reingehalt von 168 Millionen Mark machen.

Großer Sieg der kommunistischen Elfenbahner in Frankfurt a. M.

(Eigene Drahtmeldung.)

Frankfurt a. M., 28. Juli.

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung des DVB. vom 28. Juli 1922 wurden die Kandidaten für den Verbandstag gewählt. Von unseren Genossen waren sieben SPD. und ein USPD. Kandidat. Die Kandidaten der USPD. Genossen vorzugsweise unsere Kandidaten erhielten 322 bis 403 Stimmen, während die Kandidaten der vereinigten SPD. und USPD. nur 140 bis 150 Stimmen aufbrachten. Somit haben unsere Kandidaten den Vorwahl. Ihre Wahl zum Verbandstag ist demnach gesichert. Dieses Resultat wurde erreicht trotz massenhaften Einschüchterns der Vertreter unserer Fraktion und trotz der geringen Zahl von USPD. und SPD. entgegen dem klaren Bestimmung des Statuts in einer Generalversammlung am 20. Juli. Die Wahl wurde beschlossen. Erst als ihre Liste gegenüber der unsrigen liegen war, erklärte die Parteiführung die Wahl für ungültig. Am 26. Juli nach den Bestimmungen des Statuts vorgenommene Wahl brachte ihnen erst recht eine entscheidende Niederlage.

Der Reichsterror in Italien

II. Mailand, 28. Juli.

Die Faschisten haben, entsprechend ihrem Ultimatum an die Anstaltsleiter, die in Kasernen des Generalstreik protestierenden Arbeiter unter Fraktion und trotzdem die vereinigte USPD. und SPD. entgegen dem klaren Bestimmung des Statuts in einer Generalversammlung am 20. Juli. Die Wahl wurde beschlossen. Erst als ihre Liste gegenüber der unsrigen liegen war, erklärte die Parteiführung die Wahl für ungültig. Am 26. Juli nach den Bestimmungen des Statuts vorgenommene Wahl brachte ihnen erst recht eine entscheidende Niederlage.

Halle und Saalkreis

Halle, den 29. Juli 1922

Blinden-Fürsorge

Wie ist den Blinden in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung zu helfen?

Die Beantwortung dieser Frage bildet ein Thema, dessen Materie dem meisten Lesern... (text continues)

Der zweite Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der dritte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der vierte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der fünfte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der sechste Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der siebte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der achte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der neunte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der zehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der elfte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der zwölfte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der dreizehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der vierzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der fünfzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der sechzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der siebzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der achtzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der neunzehnte Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Der zwanzigste Schritt, den Blinden zu helfen, muß von der Arbeiterschaft ausgehen... (text continues)

Die Bühnenarbeiten werden auch in diesem Jahre durch eine reichhaltige Reihe künstlerischer Sonderveranstaltungen... (text continues)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Mk., Eintrittsgeld für neue Mitglieder 5 Mk. Die Preise der Vorstellungen betragen im Stadttheater für Dorn und Schaulpote 20 Mk. einstück... (text continues)

Neue Lohnsätze im Transportgewerbe

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat mit dem Arbeitgeberverband neue Lohnsätze für die Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe vereinbart... (text continues)

Die vorgesehene Lohnhöhung entfällt auf die Zulöhne. Sie beträgt an der Spitze für Arbeiter 300 Mk. und für Gehilfen 300 Mk. für Arbeiterinnen 200 Mk. für die Woche... (text continues)

Die Verlangung der in Frage kommenden Verbandmitglieder beschloß, dieses Lohnabkommen anzunehmen und beauftragte die Organisationsleitung, dasselbe sofort wieder auszufütigen... (text continues)

Kalk- und Steineträger

Durch den Widerstand der Kalk- und Steineträger ist es gelungen, die Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen... (text continues)

Eine hartbuckelte Verclamung der Kalk- und Steineträger lehnte diesen Spruch dahingehend ab, daß die Kommission beauftragt wird, die nächst höhere Instanz zur Schlichtung dieses Streites anzurufen... (text continues)

Die Kollegen ermahnen, auf diesem Wege zu ihrer berechtigten Forderung zu kommen... (text continues)

Wahngericht

Vor dem hiesigen Wahngericht hatten sich am Donnerstag eine Reihe von Geisteskranken zu verantworten, die sich gegen Bestimmungen des Wahrgesetzes verhalten hatten... (text continues)

Der Staatsanwalt hatte 500 Mk. Geldstrafe beantragt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da ihm nicht nachgewiesen wurde, wann er die Woten eingetauscht und darum eine übermäßiger Freiheitsstrafe nicht zuzurechnen sei... (text continues)

Allgemeine Ortsanwaltschaft. Der Ortsvorstand gibt im Angelegenheit die Mitteilung vom 31. Juli an erfolgende Herausgabe des Grundbuches auf die Höfnerzinsen von 120 Mk. sowie die damit verbundene Einführung zweier neuer Grundbuchstufen bekannt... (text continues)

Für Invaliden und Altersrentenempfänger. Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 11. Juli die Beschlüsse in der Invalidenversicherung erhöht und zwar erhalten ab 1. August 1922 Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witzrenten eine weitere Zulage von monatlich 200 Mark, also jährlich 2400 Mark mehr... (text continues)

Wichtig, Aufmerksam! Heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr, findet im Mittelraum des „Klassenkampfes“ eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Aufmerksamkeits-Halle. Genosse Bernhard Koenen wird einen Bericht über den Gewerkschaftsfesttag in Leipzig geben... (text continues)

„Klassenkampf“. Heute, Sonnabend, Sommererzügen des Bäderverbandes. Morgen, Sonntag, Sommerfest bei „Reinigen Agellubus“... (text continues)

Zu unserem Artikel „Aus dem bürgerlichen Gump“ in Nr. 173 müssen wir feststellen, daß die darin gemachten Angaben uns in bewußt falscher Darstellung gemacht worden sind... (text continues)

„Klassenkampf“. Heute, Sonnabend, Sommererzügen des Bäderverbandes. Morgen, Sonntag, Sommerfest bei „Reinigen Agellubus“... (text continues)

Zu unserem Artikel „Aus dem bürgerlichen Gump“ in Nr. 173 müssen wir feststellen, daß die darin gemachten Angaben uns in bewußt falscher Darstellung gemacht worden sind... (text continues)

„Klassenkampf“. Heute, Sonnabend, Sommererzügen des Bäderverbandes. Morgen, Sonntag, Sommerfest bei „Reinigen Agellubus“... (text continues)

Zu unserem Artikel „Aus dem bürgerlichen Gump“ in Nr. 173 müssen wir feststellen, daß die darin gemachten Angaben uns in bewußt falscher Darstellung gemacht worden sind... (text continues)

„Klassenkampf“. Heute, Sonnabend, Sommererzügen des Bäderverbandes. Morgen, Sonntag, Sommerfest bei „Reinigen Agellubus“... (text continues)

Aus dem Neubau in der Delitzscher Straße gegenüber der Bahnhofsapotheke sind in der Nacht zum 24. Juni Kleidungsstücke, die den dort beschlagnahmten Handwerker gehörten, sowie 25 Pfund Mandarinen und 5 Kilogramm Söder getrieben worden... (text continues)

Wem gehört das Fahrrad? Am 3. Juli ist hier ein Damenrad mit entliehener Fahrtnummer beschlagnahmt worden... (text continues)

Schlägerei. Gestern abend entstand auf dem Hofe eines Restaurants in der Geiststraße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, wobei eine Person am Kopfe und im Gesicht erheblich verletzt wurde... (text continues)

Ein möbliertes Zimmer wird für einen jungen Parteigenossen gesucht. Angaben an das Bureau der Produktiv-Gesellschaft... (text continues)

Mietleben

Ein Blumenbuket mit schwarz-weiß-roter Schleife für ihren Arbeitgeber. Herr Lüders hält die alten Zeiten noch hoch, weil er Portiee dadurch hat... (text continues)

Ein möbliertes Zimmer wird für einen jungen Parteigenossen gesucht. Angaben an das Bureau der Produktiv-Gesellschaft... (text continues)

Sport

Ring-Sport-Artistenklub „St. Ulrich“ trifft sich am Sonntag, dem 30. Juli, am Hauptbahnhof um 1.45 Uhr zum Ausflug nach Werburg... (text continues)

Sportartikel. Den Delegierten wird mitgeteilt, daß am Dienstag, dem 1. August, abends 7 1/2 Uhr, eine Kartellung stattfindet... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Arbeiter, lest den „Klassenkampf“! Herantrittlich für den sozialistischen Zeitungs- und Verlags-Verband... (text continues)

Hiermit bestelle ich vom ... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands

für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“,

den Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“ zum Preise von 40 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: ...

Ort: ... Straße: ...

Dieses Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert uns zu gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Reichenstraße 14. — Alle Abonnementsgebühren sind nur auf das Postkontokonto Leipzig 106848, Fritz Koch, Halle, einzulösen.

Bestellgeber geben die Bestellung sofort bei ihrem nächsten Postamt an

aller Ringenprogramm Ludwig

ist die Hausfrau, die Gerichte mit

Maikaroni, Nudeln und Hörnle

bevorzugt. Eigenware sind die beehimmlische, nahrhafte Speise, dabei um vieles billiger wie Fleisch und Gemüse. Eigenware sind rasch zubereitet, daher willkommene Ersparnis an Zeit und Gas.

Schläuche, Mäntel

prima

noch zu billigsten Preisen.

Summi-Bieder, nur Gr. Steinstraße 35,

Weg „Mühlweg“.

3022

3022

3022

Aus der Provinz

An die Arbeit!

Parteigenosse, und du aktive tätige Genossin: der Zentralausschuss der Partei hat gesagt: „Alles, was dort beruht und besprochen wurde, gilt es jetzt, fruchtbringend zu gestalten. Es gilt an die Arbeit zu gehen, mit doppeltem, mit sechsfachem Eifer für den Kommunismus, für die Sache der Partei! Noch nie fand die Situation so günstig für uns, noch nie war die Arbeiterkraft — wir kommen um das Wort nicht herum — (schamlos, zynischer, brutaler) verrotten, wie heute, wo die USPD-Führer sich anlässen, mit der Bourgeoisie sich und binn zu gehen auf Kosten der breiten Massen! Es ist wahr, große Teile der Arbeiterkraft leben das noch nicht. Sie „trauen“ noch ihren reformistischen Führern, oder sie heben als Indifferenten dumpf bei Seite. Aber sie werden erweckt! Denn die Rechnung der Herren Welts und Crispian ist falsch. Die Arbeiter werden sich nicht schlachten lassen auf dem Altar von Stinnes! Und auch die fröhen, schamloseste Kommunisten müssen sich nicht in ihr Gegenteil umschlagen, wenn wir auf dem Felde sind, wenn wir unermüdet arbeiten, aufklären, herbeibringen! Die Kleinarbeit, das ist heute alles! Jede Verleumdung gilt es zu parieren, an Ort und Stelle, wo sie dir entgegengeblendet wird, im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Kasse, in der Miete- und Elternversammlung. Bei der Erfahrung, die wir persönlich in unzähligen Feuerproben gesammelt haben, und bei dem Propaganda- und Aufklärungs-material, das die Partei jedem Einzelnen von uns zur Verfügung stellt, in der Zeitung, in den Broschüren und Flugblättern ist es für den guten Kommunisten ein Leichtes, zu arbeiten, zu agitieren, den Kollegen und Kolleginnen im Betrieb schlagfertig entgegenzutreten und schließlich, worauf es ankommt, ihr Vertrauen zu gewinnen! Voraussetzung ist: unsere innere Lebendigkeit, unser Aufopferungsgeist, unsere Begeisterung für die Sache der Partei!

Parteigenosse, möglichst die Einzelnen von uns, die ihr erkannt habt, daß nur die Anspannung aller Kräfte zum Ziele führt, die ihr den Blick geradeaus und vorwärts richtet, sehet keine Mühe! Holt den letzten, aber auch den letzten Mann in die Mitgliebertreffen. Diskutiert die nächstliegenden Tagesaufgaben: wie zeigen wir den Arbeitern die Gefahren der Koalitions-politik! Wie beweisen wir praktisch den USPD-Genossen, daß es noch gilt, sich zu einigen, aber nicht lo, daß die Bourgeoisie den Vorteil und einige Führer ein paar neue Ministerstellen davon haben!

Die USPD-Genossen in den Betrieben müssen gerade jetzt, wo sie von ihren Führern nur eine folgenlosere Entscheidung gestellt werden, klar und deutlich herausfinden: was die Kommunisten wollen, bringt uns vorwärts, ist Klassenkampfpolitik! Und was unsere Führer beschließen, ist Rußhandel, ist die Einigung in den Reichstags- und Vorstandssitzungen, das ist Verrat! Wir müssen innerlich, heiligsten Gefühls: Zusammenfluß aller Arbeiter!

Genossen, wenn wir das fertig bringen, wenn wir verstehen, lebendig in den Betrieben und Gewerkschaften zu agitieren, dann erst haben wir unsere Pflicht getan, dann erst werden Erfahrungen und Resolutionen fruchtbar werden!

Hilfe! Schußmann! Staatsanwalt!

Das die kommunistischen Kindergruppen dem Bürgertum nicht gerade angenehm sind, da ja die Aufklärung der Kinder über die Ausbeutung durch den Kapitalisten und die geistige Unterdrückung der Arbeiterkinder durch die Reaktion in der Schule eine Gefahr für den weiteren Bestand dieser verfaulenden Gesellschaftsordnung sind, darüber waren wir uns schon immer klar. Daß aber die Brüder der Erzberger- und Rathenau-Mörder eine derartige Furcht vor den „Holenmäusen“, wie die „Salleische Zeitung“ die Mitglieder der kommunistischen Kindergruppen nennt, hat, daß sie gegen die Reichsregierung in Schutz sogar die Reichsregierung mobil machen will, das hätten wir doch nicht gedacht. Ueber eine halbe Spalte ihres jetzt zur Verherrlichung der Rathenau-Mörder lo lossthen Naumes widmet sie, um die Angst der Reaktion vor den kommunistischen Kindergruppen in einer unfähigen Schimperei und Rute

nach der Polizei und Staatsanwalt zum Ausdruck zu bringen. Einige Junge sprachen aus folgenden Zeiten der „Salleischen Zeitung“: Die kleinen Jungen und Mädchen schon mit der Muttermisch einen internistischen Haß gegen die Staatsverrichtungen ein, ein kommunistischer Rattenkrieg ist insofern mit Hilfe von Vereinen, Demonstrationen, leiblichen Veranlassungen, und lo wächst ein Geschlecht heran, das, zu Futischen und Kra-wallen driffert, eines Tages der Ruten Armees Kreuz-ticker. Wer die Jugend hat, heißt die Zukunft. Das sollten sich die Hochgebenden gelöst sein lassen, und darum liegt ihnen die Pflicht ob, die Unmündigen zu schützen vor der Vergiftung, Schultabern und Schultabern haben nichts in Versammlungen und Konferenzen zu suchen. Sie sind nicht imstande, zu begreifen, was ihnen dort von Fehern vorgetragen wird. Außerdem er-zernen sie sich teils einer willigen Strafkolonie, teils gewärtigen ihnen das Alter zwischen 12 bis 18 Jahren Strafmilderung, was unter den heutigen Verhältnissen mit der famosen „Bewährungs-frist“ und der Milde der Jugendgerichtsböde der Strafkolonie gleichkommt.

Dieses Angstprodukt des monarchistischen Organs wird unsere Kinder mit Stolz erfüllen. Diese Beweugung und Wirkung ihrer Guther Tagung haben sie gewiß nicht erwartet. Die sonst lo groß-schmänzige „H. Z.“ auf der Durch dort den kommunistischen Kindergruppen. Die Kinder haben nach Ansicht der Kriegsverbrecher und Durc-hhalter das Recht, mit ihren Eltern zu darben und zu hungern, von

den Unternehmern ausgebeutet zu werden und nach allen, gewollten Gelegen häufig zu „gehorcht“ und das Wort zu halten, um sich dem Pater, wenn sie in der Bekleid der Jahre stehen, diese Hütener und Schmarotzer „auf dem Felde der Ehre“ ab-schlachten zu lassen.

Aber die Jugend hat, hat die Zukunft. Da aber hier die Kom-munisten die Jugend haben, lo ist dies eine Gefahr und der Staats-anwalt muß noch besonders darauf aufmerksam gemacht werden.

Die Kriminalität der Augenblenden nahm während des Krieges erheblich zu. Die nächste Zukunft heißt: die mütterliche, kommunistischen Agitation nicht in den Arm gefahren, wenn der nehmen, denn die Reichsregierung ist nichts weiter als eine politi-sche Verbrecherfamilie, dazu bestimmt, die Lehren der Sempe-häuptlinge in untreue Köpfe einzupflanzen.

Hör! Ihr's, Kinder und Erwachsenen! Eine politische Verbrecher-familie sind Reichsregierung und natürlich auch die Kindergruppen. Politische Verbrecher und Mordmörder herauszuholen, überfallen wir den Leuten vom Schlage der Deutschnationalen und deren Presse. Wenn aber der Kampf um den Kommunismus, um eine bessere Wirklichkeitsordnung ein politisches Verbrechen ist, dann all-gדים wollen wir uns recht kräftig und zahlreich an diesen „politi-schen Verbrechern“ beteiligen. Die Anführer der bürgerlichen Zeitungen aber bestärken unsere Kinder erst recht in ihrer Arbeit nach Besserung ihres traurigen Daseins. Gerade dadurch leben sie, daß sie ein Teil der Macht sind, vor der die Bourgeoisie zittert.

Der Landarbeitertreff in Anhalt beendet

Nach erfolgreicher Verhandlungen, die zu einer beachtlichen Gleichstellung des Kreises Anhalt 1 mit den Kreisen Jerichow 1 und 2 führten, wurde die Arbeit von den Landarbeitern wieder aufgenommen.

Bitterfeld

Ein unglücklicher Unfall erlebten zwei Einbrecher, die einige Rauben an der Berliner Chaussee ertrögen hatten. In der Wohnung, Kognat erbeutet zu haben, nahmen sie einen Irtzen Gehalt aus der Kattengießerei. Sie konnten von Sdppo verhaftet und nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Delitzsch

Die Kartoffelverwertung soll durch Lieferung von 80 000 Zentnern Kartoffeln für unseren Kreis sichergestellt sein. Die „Landbund“-Presse macht von dem „Liebeswert“ der Agrarier ein großes Geschrei. Nachdem die Regelung getroffen ist, steht die ganze Verwertung doch etwas anders aus, wie vorher erwartet wurde. In einer Sitzung der Behörden mit den Agrariern wurde folgende Regelung getroffen: Von dem Bezug von Kartoffeln aus dem Fonds des Landbundes werden alle Besitzer von Land über einen halben Morgen ausgeschlossen. Die zur Verfügung gestellten Kartoffeln werden nur als Speisepotatofeln geliefert. Nach diesen Einschränkungen wird die Kartoffelmenge in der Hauptkategorie der bei Südboden zugute kommen. Die Behörden haben an Sand der Lebensmittellieferer die Bezugsberechtigten festzustellen und erhalten Bezugsheine zur Ausfertigung. Auf Grund dieses statistischen Ergebnisses legt der Landbund die auf den Kopf entfallende Menge fest, die schlagungsweise zwei Zentner ausmachen dürfte. Der Inhaber eines Bezugsheimes kann nun den Einkauf bei einem Landwirt direkt vornehmen oder der Einkauf erfolgt durch eine Organisation an einem bestimmten Ort. Der Preis für den Zentner soll der Marktpreis der Magdeburger Börse in der ersten Oktoberwoche sein. Die Verteilung erfolgt an Familien und Unverheiratete ohne Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse. Statt eines festen Preises anzugeben, wird der kommende Wochenpreis als landschieber auf dem Weltmarkt bekommen. Das ganze heißt dem, häufiger der deutschen Landwirtschaft, für das sich die sozialdemokratischen Führer des Landarbeitertreffandes eingelst haben.

Deltau

Nach also. Das Verbot der „Anhaltischen Rundschau“ ist in 14 Tage verfrät worden, da das Blatt angelegt hat, daß es in 20 funft weniger scharf vorgehen wird. — Mein Herz, was willst du noch mehr?



Jeder Werttätige muß sich in dieser hoch-wichtigen Zeit über die Ereignisse auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete Orientierung verschaffen. Wer das will, der bestelle sofort die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, den „Klassenkampf“, der neben seiner aktuellen Berichterstattung noch mit drei Bei-lagen ausgestattet ist. Bestellungen nehmen unsere Trägerinnen entgegen. Ein Versuch zeitigt einen fründigen Leser!

Noch ist es Zeit, billig zu kaufen!

Denn durch unsere großen Vorräte und alten Abschlässe, die täglich eintreffen, können wir noch zu unseren altbe-kannten vorteilhaften Preisen verkaufen. Aber auch diese Waren werden bald vergriffen sein, daher beeilen Sie sich mit Ihrem Einkauf, denn die neue Ware, die dann herinkommt, ist ganz erheblich teurer. Große Auswahl finden Sie in: **Mod. Anzugstoffen, Homespuns, Kammgarnen, Marengos, Drapés, Mantelstoffen, Covercoats, Hosenkreifen, Cheviots, Schotten u. Streifen, Gabardines, Popelines, Volls-Boiles usw.**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster

Spezialhaus für Herren- GroÙe Ulrichstraße 12 u. 52 und DAMENSTOFFE

Wildeutsche Textilgesellschaft

m. b. H. Gr. Ulrichstr. 12

Besichtigen Sie unter Lager! Prüfen Sie unsere Preise! Urteilen Sie selbst!

PERADUDA Lacke u. Farben

Diese Schutzmarke und das Wort Peraduda schützen Sie vor großen Enttäuschungen. Lacke und Farben sind Vertrauensartikel.

25 Jahre Arbeit und Erfahrung bürgen für unübertroffene Qualität meiner Spezialfabrikate 2035

OTTO KRAMER

Farben — Lacke Fernruf 1465.
Mulle u. S., nur Mittelwache 9 und 10.

Das größte Werk, das le eine Arbeiter-locht vollbracht, stellt ohne Zweifel die Stahl-Genossenschaft für den De. Halle-Merleburg dar. Getragen nur durch die Opfer der Genossinnen und Genossen der K. V. Aber noch nicht Mitalien ist, mehr als lo sein in der Verchenfeldstr. 14 und trage dort keinen befe n Sanktin

Steinseker 9060
Fr. Merseburger, Ammendorf.

Lichtergesellen stellt sofort ein gut und billig
Kurt Meiser, Gsmünde 80a bei Gröbers, 567

Stoffe, gut und billig
Wendestraße 2, 1.

Kauft nur bei den „Klassenkampf“-Inzerenten.

Tel. **E. Günther, Grafeweg 8** 6180. 6180.

anzahl mehr als jede probehende Konturrenz.

34 2016 für:

- Baumw. (unfortiert) 10 bis 6,00 M.
- Strickwolle 10 bis 28,00 M.
- Bücher und Zeitungen 10 bis 6,50 M.
- Klopapier 10 bis 5,50 M.

Für Metalle und Eisen die höchsten Tagespreise.
Ein Weg zu uns lohnt sich. Hole auch auf Wunsch letzter ab.

